



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

Der grosse Verrat. Was ist eigentlich mit dem Freisinn in der Schweiz passiert?

Kohler, Georg

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-61318>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Kohler, Georg. Der grosse Verrat. Was ist eigentlich mit dem Freisinn in der Schweiz passiert? In: Das Magazin, 17 March 2012, 20-25.

Was ist eigentlich mit dem Freisinn in der Schweiz passiert?

DER GROSSE VERRAT



Von GEORG KOHLER

Das Wort «Freisinn» hat mir immer gefallen. Es weckt die Vorstellung eines freien Geistes und der freien Sinne. Optimismus steckt in ihm, humane Zuversicht und genug nüchterner Menschenverstand, um nie zu vergessen, dass die Welt irdisch ist, kein Ort also, wo gutes Leben gratis und von selbst gedeihen würde.

Aber heute ist «Freisinn» der programmatische Titel einer Partei, die Mühe hat, der Kraft gerecht zu werden, die in ihrem Namen lebt.

I

Liberalismus ist nicht gleich Libertarianismus

Um mit der Hauptthese anzufangen: Der Freisinn, die helvetische Form des politischen Liberalismus, hat den Kompass verloren. Deshalb ist es kein Wunder, dass auch die frühere Orientierung dahin ist. Zwar ist man immer noch «in der Mitte», aber irgendwie in der Mitte sind alle, die nicht Polpartei sein möchten.

Der Orientierungsverlust des Freisinns hat eine lange, über dreissigjährige Ge-

schichte. Die ihn begleitende Dekadenz der Einflussmacht dieser einst wichtigsten schweizerischen Partei, welche die neue Eidgenossenschaft von 1848 prägte, ist nicht zufällig. Sie beginnt mit dem Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat», der nach dem wohlfahrtsstaatlichen Schub der Siebzigerjahre noch einigermaßen plausibel war; und die Dekadenz ist auch heute nicht zu Ende.

Was sind die Gründe für den Abstieg? Eine persönliche Anekdote zuerst: Anlässlich eines Abendessens kam ich kürzlich

neben einen alten Bekannten zu sitzen, dem ich seit langem in herzlicher, keineswegs feindseliger ideologischer Gegnerschaft verbunden bin. 1983 haben wir uns über eine tragfähige Begründung des Rechts auf Privateigentum gestritten^[1]; und darüber diskutieren wir mit wechselnden Argumenten eigentlich noch immer. Überrascht wurde ich an diesem Abend aber von der Anfangsbemerkung meines kritischen Kollegen, der für sich sogleich die einzig authentische Version liberaler Denkungsart beanspruchte: «Mein lieber Georg, du bist ja schon in Ordnung und ich würde nicht sagen, dass du ein Kommunist bist. Aber dass du ein Liberaler sein willst, halte ich für absurd!»

Einigermassen verblüfft, wusste ich zunächst nichts Besseres, als mit einer Bemerkung zu entgegnen, die ich sinngemäss einst von Ralf Dahrendorf gehört hatte: «Mein lieber Martin, im Gegensatz zu dir bin ich offenbar der Ansicht, dass liberale Marktfreiheit und Rule of Law nicht das Recht auf Steuerhinterziehung bedeuten!» Im speziellen Fall war das eine leise Provokation, denn mein Bekannter hatte gerade mit einiger Verve den schweizerischen Rechtsstaat gegen die «imperialistischen USA», also gegen die amerikanische Justiz- und Steuerbehörden, ins Spiel zu bringen versucht.

Symptomatisch an diesem kleinen Schlagabtausch sind drei Dinge. Sie machen verständlich, wodurch dem Freisinn die Orientierung und damit der einst herausragende Platz in unserer Gesellschaft entglitten ist.

Erstens ist die politische Philosophie des Liberalismus niemals gegen eine staatliche Ordnung gewesen, die das Gemeinwohl auch gegen mächtige Privatinteressen durchsetzt. Liberalismus ist nicht gleich Libertarianismus. Zweitens ist der Freisinn niemals nur dem Ideal der individuellen Selbstbestimmung verpflichtet gewesen, sondern ebenso dem Gedanken republikanischer Gemeinsinnigkeit. Und drittens sind Liberale per definitionem die Freunde der Freiheit — und gerade darum sind sie zugleich Kritiker feudaler Privilegiensysteme. Von der Abschaffung der Adelstitel führt ein ziemlich direkter Weg zu einer — vernünftigen! — Erbschaftsteuer.

Die Replik meiner Kritiker auf das Gesagte ist klar: Was soll das heissen, von «vernünftig» zu reden? Ist «Vernunft» nicht eine dieser leeren Kategorien, die Hayek als «Wieselworte»^[2], als verführerische

Worthülsen gebrandmarkt hat, die vom richtigen Kurs und von den bewährten Leitlinien abbringen? Von diesen Leitlinien, die etwa so lauten: Jede staatliche Regulierung ist tendenziell gefährlicher als jede Nicht-Regulierung. Denn der freie Markt verfügt über eine interne Rationalität, die besser funktioniert als alle sonstigen Anstrengungen, gesellschaftliche Vernunft zu realisieren. Und deswegen ist zum Beispiel «Verteilungsgerechtigkeit» nichts als ein linker Codename für die Missgunst der Schwächlinge und für den Neid der Zweit-rangigen; «Sklavenmoral», um es mit dem harten Begriff Nietzsches zu sagen.

II

Neoliberale Irritation...

Fast ohne es zu wollen, bin ich schon wieder in die Auseinandersetzung mit meinem Tischnachbar geraten, denn dieser würde mit Nachdruck jeden der eben geäusserten Sätze bejahen. Sie bilden den Kern «neoliberalen»^[3] Denkens.

Hier muss ich ein längeres Zitat einschleichen. Es stammt aus der seit drei Jahrzehnten dominanten Theorie, die zum grossen Teil für die Irritation des schweizerischen Freisinns verantwortlich ist.

Svetozar Pejovich ist einer der Protagonisten der Economics of Property Rights, die in den Thatcher-Jahren einflussreich geworden ist. Pejovich äusserte sich an vielen Stellen und mit Hingabe gegen Staatseingriffe in den Markt. Er empfiehlt der Schweiz, nicht der lebensuntüchtigen Missgeburt aus der Verbindung von Demokratie und Marktlogik zu vertrauen, sondern dem angloamerikanischen Kapitalismus, der sich den Idealen des «klassischen Kapitalismus» viel weniger entfremdet habe. Neoliberal interpretiert, ist «kontinentaler Kapitalismus», der auf Deutsch einmal «soziale Marktwirtschaft» hiess, nichts anderes als verkappter Sozialismus:

«Es wird (von den politisch-wissenschaftlichen Eliten der europäischen Staaten) argumentiert, dass eine gerechte Gesellschaft dann existiere, wenn die Leute in Frieden und Harmonie lebten. Menschlicher Geist sei dazu in der Lage, die Institutionen und Politikmassnahmen zu entdecken, die dafür notwendig seien. (Doch) der Unterschied zwischen dem kontinentalen Kapitalismus und dem angloamerikanischen Kapitalismus ist ausschlaggebend. Ausgehend von der Skepsis gegenüber der (vernünftigen) Voraussicht und dem (nicht egoistischen) Wohlwollen der

Entscheidungsträger wird im klassischen Kapitalismus ein Ergebnis als fair und gerecht empfunden, wenn es aus einem Prozess freiwilliger Interaktionen entstanden ist. Kontinentaler Kapitalismus hingegen ist viel mehr mit dem Ergebnis als mit dem Prozess beschäftigt. Begriffe wie «Öffentliches Interesse», «Soziale Gerechtigkeit» und andere hochtrabende Etiketten werden benutzt, um ein gewünschtes Resultat der Wirtschaftstätigkeit zu rechtfertigen. Dabei spiegeln diese Begriffe lediglich die subjektiven Präferenzen der politisch-wissenschaftlichen Eliten.»

Und weiter: «Die politisch-wissenschaftliche Elite ist sich im Klaren, dass das Verfolgen ihrer eigenen Ziele Kosten verursacht. Sie glaubt, dass es das Konzept der sozialen Gerechtigkeit wert sei. Eine unbeantwortete Frage bleibt: Wenn Einschränkungen der Eigentumsrechte einen sozialen Gewinn darstellen, warum werden dann solche Einschränkungen nicht in freien Märkten ausgehandelt?»^[4]

Ja, warum geschieht das nicht? Man muss ziemlich naiv (oder vom Glauben der Unfehlbarkeit der eigenen Position überzeugt) sein, um die Antwort nicht sofort zu kennen. Es geschieht einfach deswegen nicht, weil es «freie Märkte» nirgendwo gibt — und gar nie geben kann.

Märkte sind nie im Gleichgewicht. Sie sind von sozialen Interessen, Kräften und Strukturen beeinflusst; von ungleichen gesellschaftlichen Voraussetzungen, welche die einen beim Tausch ihrer Güter und Dienstleistungen bevorzugen und die anderen benachteiligen. Man braucht nicht Marx zu lesen, um das zu begreifen. Wie jede Macht ist auch Marktmacht asymmetrisch. So wenig wie irgendeine andere menschliche Organisationsform ist der Markt ein reines, objektives Medium, das uns vom Problem der gerechten Verteilung von Lebenschancen erlösen könnte.

Klassischen Liberalen^[5] ist das von jeher vertraut, und aus diesem Grund plädieren sie zwar niemals für die Diktatur einer Clique von wohlmeinenden Utopisten, aber für die zum Markt der Privateigentümer komplementären Institutionen der Staatlichkeit und der demokratischen Politik. Auch diese Einrichtungen sind ein unreines Medium. Aber durch sie erhalten jene Individuen und Gruppen, die sonst zu den systematischen Verlierern des reinen Marktsystems gehören müssten, ihre eigenen Handlungschancen.

Weder das System der Politik noch jenes des Marktes sind also für sich allein

dazu geeignet, das menschenmögliche Optimum von Wohlfahrt und Selbstbestimmung zu produzieren. Hingegen ist es ihr Zusammenwirken auf dem Boden einer guten gesetzlichen Ordnung, welches die kollektive Entwicklung und Verwirklichung anerkennungswürdiger, breit abgestützter und vernünftiger Lösungen am ehesten zu erwarten erlaubt. Das ist eine der allerersten Annahmen des politischen Liberalismus, der gemäss seiner eigenen DNA nie und nimmer staats- und ebenso wenig demokratiefeindlich sein kann. Man mag im Übrigen daraus erkennen, weshalb die Werbefahne «Weniger Staat, mehr Freiheit» nur in Ausnahmesituationen zum liberalen Ordnungsdenken passt.

III

... und verratene Volkspartei

In einer funktionierenden Gesellschaft sind die Gebiete des Ökonomischen, der demokratischen Politik und der administrativ-staatlichen Macht so stark ineinanderverflochten, dass mit rabiater simplifizierenden Erklärungen und Schuldzuweisungen die Probleme nicht gelöst, sondern verschärft werden. Dafür liefert die gegenwärtige Schulden-, Banken- und soziale

Krise das beste Beispiel. Betäubt von der Mentalität des Pumpkapitalismus haben restlos alle versagt, Politiker nicht weniger als die Konsumenten, Bankmanager nicht weniger als die Marktaufsichtsbehörden.

Es gehört zur liberalen Vernunft, diese Zusammenhänge zu erkennen. Denn im Zentrum liberaler Überzeugung steht die Akzeptanz der menschlichen Vielfalt und des Konflikts der daraus entspringenden Tendenzen, ein systematischer Konflikt, den man nie friedlich lösen, aber in lebensdienliche Kompromisse und stets neu zu justierende Gleichgewichte übersetzen kann.

Doch genau diese Einsicht wurde im schweizerischen Liberalismus der letzten drei Jahrzehnte vergessen und verraten: Nach dem Erfolg des Westens über den Sowjetkommunismus vergass man auch bei uns, dass das Bemühen um Ausgleich zwischen Arm und Reich sowie die soziale Integration der grossen Bevölkerungsmehrheit der beste Trumpf im Kampf zwischen West und Ost gewesen war. Statt den Sozialstaat entschieden zu bejahen und durch fällige Reformen zu verteidigen, wurde er, als leider unvermeidliche Konzeption an die Linke, nur widerwillig an-

genommen. Umso begeisterter empfahl man dagegen die Entfesselung des im Kalten Krieg gezähmten Kapitalismus.

Verdrängt wurde dabei: Der Freisinn konnte nur darum die Grosspartei werden, die den Bundesstaat trägt, weil er eine bemerkenswerte Kombination von bürgerlicher Eliteformation und Volkspartei gewesen war.

Wer das nicht wahrhaben will, mag sich durch die Geschichtsforschung und voller Lesevergnügen durch das wunderbare Buch Gordon Craigs — «Geld und Geist. Zürich im Zeitalter des Liberalismus, 1830–1896» — belehren lassen. Der Freisinn, der seinem Namentreu war, war sich nämlich immer der Tatsache bewusst, dass ins historische Gedächtnis der schweizerischen politischen Kultur seit Jahrhunderten die Idee des Volksstaates eingeschrieben ist: «Dabei ist an ein Staatswesen zu denken, das von den Bürgern als etwas Eigenes erlebt wird, weil es in sich die individuellen Willen zu einem Gesamtwillen vereinigt. Es ist damit der genossenschaftliche und republikanische Grundgedanke anvisiert, wie er in der altschweizerischen Demokratie «wurzeltief» (Edgar Bonjour) gründet, in der offiziellen Staats-

bezeichnung «Schweizerische Eidgenossenschaft» bis heute fortlebt und auch inhaltlich die Bundesverfassung in markanter Weise geprägt hat.» (Daniel Thürer ^[6])

Die Schweizer Liberalen waren vor den Achtzigerjahren niemals die Verächter des öffentlichen Wohls und seiner Organe gewesen. Als freisinnige Republikaner zweifelten sie nicht am Wert (und an den Fiskalkosten) kommunitaristisch-demokratischer Integrationsformen — von der Bürgerarmee über das zivile Milizsystem bis zum informellen Stil, der die Wohlhabenden daran hinderte, durch ostentativen Konsum zu prunken. Als Zeuge solcher «citoyenneté» dürfengewiss Gottfried Kellers «Fähnlein der sieben Aufrechten» gelten und, aus jüngerer Zeit, die Schriften des in den Nachkriegsjahren prominenten Zürcher ETH-Professors Karl Schmid.

Der Verrat an den Idealen klassisch freisinniger Gemeinwohlorientierung wäre für Karl Schmid undenkbar gewesen. Ein Verrät, der sich darin äussert, alles Tun der Politik prinzipiell zu denunzieren; als gesteuert von selbstsüchtigen Angehörigen der «Classe politique».

Sonoriert Karl Schmid 1964 als Trumpf der Schweiz, «dass sich bei uns kein un-

überbrückbarer Graben aufgetan hat zwischen der Staatsführung und der Wirtschaftsführung; er wäre für den Kleinstaat lebensgefährlich. Wir nehmen auch gerade bei den Leitern der wirtschaftlichen Verbände jene allgemeine staatsbürgerliche Verantwortung wahr, welche darum weiss, dass es politische Verluste der Nation gibt, die durch keinen wirtschaftlichen Gewinn aufgewogen werden können.» ^[7]

IV

Die neue Konstellation

Die Kongruenz zwischen politischem und wirtschaftlichem Handlungsraum, die Karl Schmid vor fünfzig Jahren ganz selbstverständlich voraussetzen durfte, ist zerbrochen. Das ist eine der wichtigsten Ursachen für den Abstieg der FDP seit dem Aufkommen dessen, was pauschal «Globalisierung» genannt wird. Mit der Globalisierung werden die Interessen der wirtschaftlichen Eliten im Hinblick auf den heimischen «Standort» nicht mehr vom Sinn für das Gemeinwohl des Landes bestimmt, sondern sind auf Vorteile im weltweiten Wettbewerb um möglichst tiefe Steuern und die geringsten Regulierungseingriffe gerichtet.

Wie sehr die neue Konstellation die alte Nähe zwischen Wirtschaft und Politik eintrübt, die für den Erfolg des Freisinns von höchster Bedeutung war, kann man sich alltagskulturell vergegenwärtigen. Wer sich heute in den globalen Märkten behaupten will, muss eher Shanghai als Schwamendingen kennen.

Es sind die grossen soziokulturellen Veränderungen der letzten dreissig Jahre, die plausibel machen, warum all dies, was den Freisinn auf der personellen Ebene lange stark sein liess, so schnell dünn und brüchig wurde. Es ist das Ergebnis soziologisch beschreibbarer, das heisst: alles andere als zufälliger Vorgänge, welche das enge, von der informellen FDP beherrschte Beziehungsnetz der verschiedenen Funktionsträger (in der Wirtschaft, der öffentlichen Administration, der Politik, dem Militär) locker gemacht, ja zerrissen hat. Dadurch wurden aus den Gewährsleuten staatsbürgerlichen Engagements parlamentarische Funktionäre oder gewählte Lobbyisten der Renditeoptimierung, dadurch wurde die eingessessene Unternehmerschaft in die Managersöldner der modernen Klasse verwandelt, und dadurch schrumpfte die Vielfalt des intellektuellen

SIMPLY CLEVER

ŠKODA



ŠKODA Superb Combi
Das Preis-Leistungs-
Flaggschiff



Škoda. Made for Switzerland.

Der ŠKODA Superb Combi: fantastische Aussichten für alle, die exzellenten Fahrkomfort, hohe Fahrleistung und Top-Verarbeitungsqualität auf höchstem Niveau vereinen möchten. Als kultivierter Weggefährte schlägt er überall hohe Wellen und rägt, wo immer er aufkreuzt, aus dem Meer der Masse heraus. Zum Beispiel dank seiner dynamischen TSI-Benzin- und TDI-Diesel-Motoren, mit seinem 4x4-Antrieb oder als umweltfreundliche GreenTec oder GreenLine Version. Sein überaus grosszügiger Innenraum ist zudem schlicht beeindruckend. Und all das zu einem einzigartigen Preis-Leistungs-Verhältnis. Den ŠKODA Superb Combi gibt es bereits ab CHF 36'040.-* oder ab CHF 319.- pro Monat**. Überzeugen Sie sich auf einer Probefahrt bei Ihrem ŠKODA Partner. www.skoda.ch

* Empfohlener Nettoverkaufspreis inklusive 8% MwSt. ŠKODA Superb Combi Active, 1.4 l TSI, 92 kW/125 PS, 5 Türen. Treibstoffverbrauch gesamt: 6.9 l/100 km, CO₂-Ausstoss: 159 g/km, Energieeffizienz-Kategorie: D. Abbildung: ŠKODA Superb Combi Elegance, 1.8 l TSI, 118 kW/160 PS, 5 Türen. Empfohlener Nettoverkaufspreis: CHF 45'280.- inklusive 8% MwSt. Treibstoffverbrauch gesamt: 7.3 l/100 km, CO₂-Ausstoss: 171 g/km, Energieeffizienz-Kategorie: E. Mittelwert aller Neuwagen in der Schweiz: 159 g/km.

** Leasingbeispiel, Finanzierung über AMAG LEASING AG: ŠKODA Superb Combi Active, 1.4 l TSI, 92 kW/125 PS, 5 Türen. Effektiver Leasingzins: 3.97% (Laufzeit: 48 Mte./10'000 km/Jahr), Barkaufpreis: CHF 36'040.-, Sonderzahlung: 20% des Barkaufpreises, Leasingrate: CHF 319.95/Mt. exklusive obligatorische Vollkaskoversicherung. Änderungen jederzeit vorbehalten. Alle Preise inklusive 8% MwSt. Die Kreditvergabe ist unzulässig, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Leasingaktion ist gültig für Leasinganträge bis 30.4.2012.

Die richtigen Karten machen glücklich.
Punkten Sie jetzt mit Swisscanto Anlagefonds.
www.meine-fonds.ch

GROSSER
WETTBEWERB!
PREISSUMME
CHF 10'000



Anlage und Vorsorge.



Swisscanto

liberalen Kapitals zur kaum variierbaren marktradikalen Obligation sozialstaatsfeindlicher Service-public-Verächter.

Übertreibungen? Gewiss.

Ein Mangel ist aber unverkennbar: Der Diskurs darüber, was der schweizerische Liberalismus heute leisten soll und was nicht, scheint niemanden mehr zu interessieren. Gewiss, es gibt das «Liberale Institut». Lange Jahre war ich sogar Mitglied. Aber seit man sich dort einseitig der wirtschaftsliberalen und staatskritisch-antizentralistischen Lehre verschrieben hat, sind Leute wie ich (oder Daniel Thürer) überflüssig geworden.

Damit man mich richtig versteht: Zum gemischten Chor liberaler Philosophien gehören staatskritische, sogar individual-anarchistische Stimmen durchaus dazu; schrill klingt die Sache aber, wenn diese solo spielen.

V

Ursachen der Dekadenz

Die neue gesellschaftliche Konstellation, die mit dem Ende des Kalten Kriegs entstanden ist und der alten, vielgestaltigen Identität des Freisinns zuwiderläuft, enthält manche Faktoren.

Aus der Nähe betrachtet, ist es natürlich der Aufstieg der SVP (oder besser: der Blocher-Partei), der die entscheidende Rolle spielt; doch von etwas weiter her gesehen sind es vor allem soziologische Verschiebungen, die den Erfolg der einen und den Abstieg der anderen bewirkt haben.

Die Kräfte der Globalisierung sorgen überall in den Ländern der europäischen Sozialstaatsdemokratien für Spaltungen und für formierbare Bevölkerungsgruppen, die in simple Links-Rechts- oder Partizipations-beziehungsweise Abstinenzraster nicht mehr einzuordnen sind: Es gibt die offensichtlichen Etatisten, die sich fälligen (zum Beispiel demografieabhängigen) Reformen verweigern. Es gibt die politikverdrossenen Partisanen des persönlichen Vorteils (sie gehören meist zur Partei der Abstinenz, sind aber in der massenmedialen Direktdemokratie durch geschicktes Politmarketing von Fall zu Fall sehr gut zu mobilisieren). Es sammeln sich die überforderten Nationalkonservativen, die einem untauglich gewordenen Sonderfallstatus nationalistisch nachtrauern. Man trifft die ressentimentgeladenen Angehörigen eines Mittelstandes, dessen Spielräume eng geworden sind. Man kann mehr oder weni-

ger politisierten Zivilisations skeptikern begegnen, welche die allgemeine Beschleunigung der Lebensverhältnisse bremsen möchten. Sie alle finden Programme und Andockplätze, die überall leichter zu entdecken sind als in einer liberalen, auf Anpassung an die Sachzwänge der Gegenwart drängenden Partei. Kurz: Es herrschen Zeiten, die es einer zukunfts offenen und reformbereiten politischen Bewegung auch dann nicht leicht machen würden, wenn sie mutiger, selbstsicherer und weniger einseitig auf die Klientel der Besserverdiener eingestellt wäre, als es unsere jetzige, ältlich gewordene FDP ist.

VI

In die Mitte der Zukunft

Deshalb sollte der Verfall des schweizerischen Parteiliberalismus eigentlich niemanden überraschen. Eine Volkspartei von jener Bedeutung, die sie einmal besass, wird die FDP nicht mehr werden. Doch nur zur Interessenvertreterin des oberen Mittelstandes und der SMI-Firmen regredieren, darf sie ebenso wenig. Das würde der Schweiz noch mehr als ihr selber schaden.

Ein solcher Rückzug ist übrigens gar nicht nötig. Die Parlamentswahlen vom

Herbst 2011 haben demonstriert, dass das Land eine starke Mitte will; eine Mitte, die das verwirklicht, was der schweizerische Liberalismus zu seinen besten Zeiten war und dank seiner farbigen Gestalt liefern konnte: eine praktische Vernunft, die es versteht, die Handlungsfreiheit des Individuums in Einklang zu bringen mit dem Sinn für die Forderungen des Gemeinwohls. Und die Bereitschaft zur fälligen Erneuerung der bundespolitischen Strukturen im Hinblick auf die aktuellen Bedingungen der internationalen Umwelt — angefangen bei der Tatsache, dass es, trotz allem, eine funktionsfähige EU gibt und weiterhin geben wird, über den notwendigen Abschied aller Illusionen, die den Finanzplatz betreffen, bis zur Einsicht, dass die «Grünliberalen» wohl nicht ganz zufällig so viel Zuspruch erhalten haben. Und vielleicht ist dies auch der Umriss eines Konzepts, dem wieder jene glaubwürdigen Führungsgestalten erwachsen können, die Politik nicht um der Karriere willen, sondern aus Leidenschaft für die öffentliche Sache betreiben.

Endnoten

[1] — Vgl. H. Holzhey, G. Kohler (Hg.), «Eigentum und seine Gründe», ein philosophischer Beitrag aus Anlass der schweizerischen Verfassungsdiskussion, Bern/Stuttgart 1983

[2] — Vgl. Friedrich August von Hayek, «Wissenschaft und Sozialismus» («Gesammelte Schriften» Bd. 7), Tübingen 2004, S. 61 ff.

[3] — «Neoliberalismus» ist ein mehrsinniger und umstrittener Ausdruck. Man darf sagen, dass er inzwischen zwei verschiedene Bedeutungen besitzt. Während der Begriff ursprünglich in Abgrenzung gegen den marktradikalen Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts eingeführt worden ist, erhielt er nach 1980 eine polemische Pointierung, die von Gegnern wie von Befürwortern marktfundamentalistischer Positionen bewusst als rhetorisches Mittel eingesetzt wurde. Die herausragende Figur der zweiten Phase des Neoliberalismus ist der Monetarist Milton Friedman. Als publizistischer Leader der gegenüber dem Staat und (fast) jeder Form sozialstaatlicher Politik misstrauisch gesinnten Chicago School wurde er zur bewunderten und zur verhassten Leitgestalt des Neoliberalismus in seiner jüngsten Bedeutung. Auf diese beziehe ich mich im Folgenden.

[4] — Svetozar Pejovich: «Der Kapitalismus ist ein way of life», in «Lust und Last des Liberalismus. Philosophische und ökonomische Perspektiven» (Hg. von G. Schwarz und U. J. Wenzel), Zürich 2006, S. 146 f.

[5] — Vgl. etwa John Stuart Mill: «On Liberty», 1859

[6] — Vgl. Daniel Thürer: «Die drei traditionellen Welten» der Bundesverfassung — Aufbruch zu einer vierten Welt?, in: H. Holzhey, G. Kohler (Hg.), Verrechtlichung und Verantwortung Überlegungen aus Anlass der Parole «Weniger Staat, mehr Freiheit», Bern/Stuttgart 1987, 224 Seiten

[7] — Vgl. Karl Schmid: «Gedanken über unseren Kleinstaat», in: ders., Werke IV, Zürich 1998, 292 Seiten


GEORG KOHLER ist emeritierter Professor für politische Philosophie der Universität Zürich. redaktion@dasmagazin.ch

SONY
We believe

VAIO empfiehlt Windows® 7

VAIO

intel inside
CORE i3



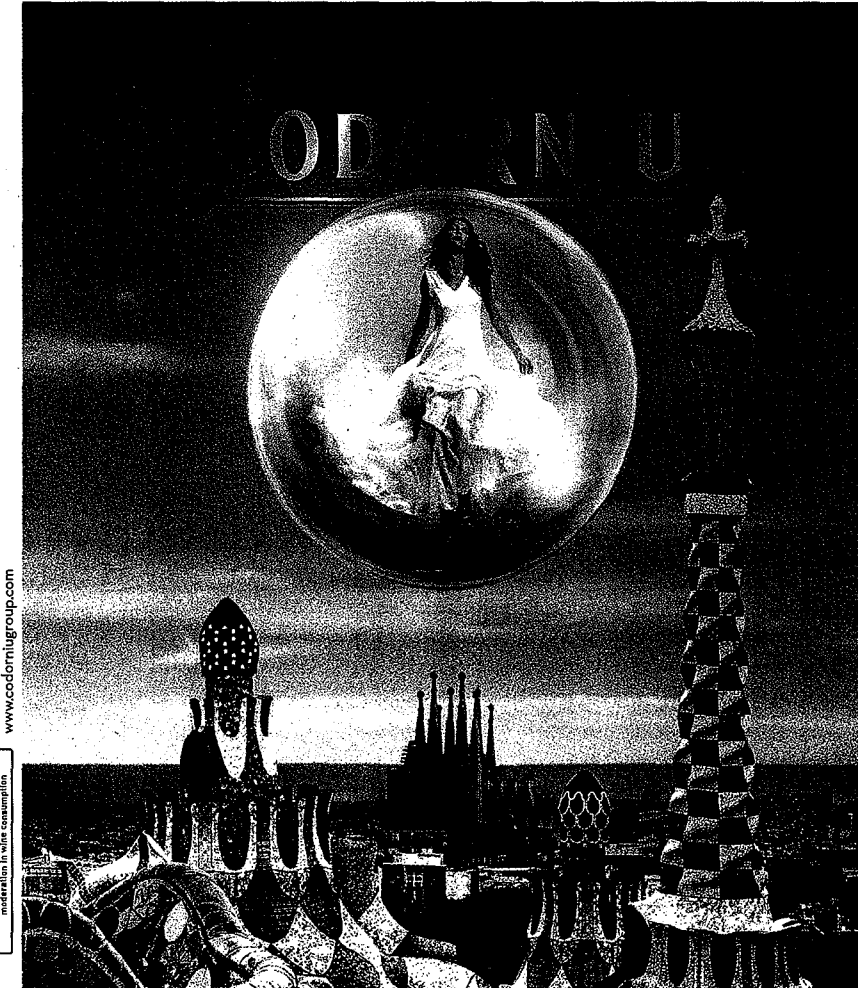
Von früh bis spät. Und länger.

Doppelte Power für Ihren VAIO S mit Intel® Core™ i3 Prozessor. Der zusätzliche Lithium-Ionen-Akku verdoppelt die Laufzeit Ihres VAIO S auf insgesamt 14 Stunden.

VAIO S Serie


Intel, the Intel logo, Intel Inside, Intel Core, and Core Inside are trademarks of Intel Corporation in the US and/or other countries.

ODONU



Coop verkauft keinen Wein, Champagner und Schaumwein an Jugendliche unter 18 Jahren.
www.coop.ch

WINE MODERATION
Leu
Bewusstheit
Bewusstsein
Bewusstsein
Bewusstsein



El Cava de Barcelona